

II- 3485 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 22. Mai 1974 No. 1720/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. Stix und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Verkehr
betreffend Inseratenaktion im Zusammenhang mit der
beabsichtigten Telefongebührenerhöhung

In den österreichischen Tageszeitungen erschienen in den
letzten Tagen im Zusammenhang mit der von der Bundesre-
gierung beabsichtigten Erhöhung der Telefongebühren
Inserate unter dem Titel "Noch können Sie wählen".

Abgesehen von der grundsätzlichen Problematik, Steuermittel
für Regierungspropaganda zu verwenden, erscheinen folgende
Sätze dieser Anzeige besonders bedenklich: "Jetzt müssen
w i r die Gebühren nachziehen" und "Auf den ländlichen
Raum haben w i r besonders Rücksicht genommen."

Dies im Hinblick darauf, daß für eine Beschlußfassung über
die Novelle zum Fernmeldegebührengesetz ausschließlich das
Parlament zuständig ist und zum Zeitpunkt des Erscheinens
der Inserate noch nicht einmal der zuständige Ausschuß
des Nationalrates mit dieser Materie befaßt war.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den
Herrn Bundesminister für Verkehr die

A n f r a g e :

- 1.) Von wem wurden die in Rede stehenden Inserate in
Auftrag gegeben?
- 2.) Wie hoch sind die Kosten für diese Regierungspropaganda
aus Steuermitteln?

Wien, 1974-05-22